

RP+ Vorschlag zu Rheinwasser-Pumpstation

„Kein Tabubruch“ – Dormagener Stadtrat beschließt AfD-Vorstoß ohne Gegenstimmen

Von [Luis Kuminka](#)

27.05.2026 · 18:21 Uhr



Für einen Vorschlag der AfD-Fraktion gab es keine Gegenstimme im Stadtrat – ein Novum in der Dormagener Lokalpolitik.

Foto: dpa/Carsten Koall

Dormagen · Erstmals ist im Dormagener Rat ein Vorschlag der AfD ohne Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen worden. Die AfD feiert das als „politischen Coup“ – von einem Tabubruch wollen die anderen Fraktionen aber nichts wissen.

Es war ein Novum im Dormagener Stadtrat: In der Sitzung am vergangenen Dienstag ist erstmals eine Initiative der fünfköpfigen AfD-Fraktion einstimmig beschlossen worden. Aus den Reihen von Grünen, [SPD](#), [CDU](#), FDP, UWG, Linken und der „Partei“ gab es keine Gegenstimme für eine Verwaltungsvorlage, die auf einem AfD-Antrag beruhte. Bei dem Vorschlag der Rechtsaußen-Fraktion ging es um ein Wärmenutzungskonzept für die Pumpstation der Rheinwassertransportleitung (RWTL) in [Dormagen](#).

Konkret sah der AfD-Antrag vor, dass die Stadtverwaltung RWE kontaktieren und die Kooperationsbereitschaft des Konzerns hinsichtlich einer Nutzung der Abwärme der Pumpstation abklären solle. Ob und wie das technisch möglich sei, solle zudem durch ein externes Fachgutachten bewertet werden.

Basierend auf diesem AfD-Antrag erstellte die Stadt Dormagen eine sogenannte Beschlussvorlage – ein Papier, das die Verwaltung dem Rat zur Abstimmung vorlegt. Inhaltlich kam sie darin dem Antrag der AfD größtenteils nach. Diese städtische Beschlussvorlage wurde nun vom Rat ohne Gegenstimmen beschlossen.

Die AfD-Fraktion feierte das bereits in der Ratssitzung. Nur wenige Tage später legte sie nach, bezeichnete das Abstimmungsergebnis als Durchbruch und „politischen Coup“. Die sonst so strikte Abgrenzung von CDU, SPD und Grünen habe auf kommunaler Ebene durch das Abstimmungsergebnis „deutliche Risse bekommen“, so der AfD-Sprecher und erste stellvertretende Vorsitzende Niklas Odendahl. Der Antrag der AfD sei „zu schlau“ gewesen, „um spontan ein Haar in der Suppe zu finden“. Sollten die anderen Fraktionen „bei den nächsten Anträgen

wieder in die alte Blockadehaltung verfallen, nur weil das Logo der AfD auf dem Papier steht, würden sie jede Glaubwürdigkeit verlieren“, so Odendahl.

Die anderen Fraktionen verweisen auf Anfrage geschlossen darauf, dass ihre Zustimmung weder ein Schulterchluss mit der AfD-Fraktion noch der Auftakt zu einer engeren Kooperation sei.



Elias Ackburally (l.) und Michael Dries weisen den Vorwurf einer Kooperation mit der AfD zurück. Der Antrag sei ein rein technischer Hinweis an die Stadtverwaltung gewesen.

Foto: Klaus Schumilas

„Es gibt keinen Austausch mit der AfD, und es wird auch konsequent keine Zusammenarbeit mit der AfD geben“, sagt etwa Elias Ackburally, Fraktionsvorsitzender der Grünen. Er verweist darauf, dass das Wärmemanagement der RWTL keinesfalls ein neues Thema sei. Seine Fraktion habe dazu bereits Vorschläge eingebracht – lediglich eine mögliche Nutzung der Pumpanlage zur Energiegewinnung sei bislang nicht berücksichtigt worden.

„Wichtig ist, dass der Vorstoß der AfD weder ein klassischer AfD-Antrag war, noch innerhalb des Rats kontrovers diskutiert wurde“, sagt Ackburally. Die Abstimmung im Rat habe nichts von einem Szenario gehabt, in dem man der AfD bei der Durchsetzung ihres Parteiprogramms geholfen hätte. Auch sei die AfD nicht „das Zünglein an der Waage gewesen“, so Ackburally.

„Dass die AfD diesen reinen Hinweis an die Stadt und das Abstimmungsergebnis derart feiert, finde ich unprofessionell“, ergänzt der Grünen-Politiker. Der Antrag der AfD sei lediglich eine Handlungsaufforderung an die Stadtverwaltung, die Machbarkeit einer solchen Wärmenutzung zu prüfen. „Das Abstimmungsergebnis ist deshalb definitiv kein Tabubruch.“

Ähnlich positioniert sich auch die SPD. „In dem Antrag ging es lediglich darum, Fakten zu prüfen“, sagt der Fraktionsvorsitzende Michael Dries. „Das Ansinnen der AfD hatte nichts mit der Umsetzung politischer Maßnahmen zu tun. Insofern ist unser Abstimmungsverhalten definitiv nicht als eine Zusammenarbeit mit der AfD zu werten.“

Eine Kooperation mit der AfD schließt auch er kategorisch aus. Eine Zusammenarbeit sei das Durchwinken des AfD-Vorschlags nicht gewesen. Inhaltlich entspreche die Idee, Dormagener Haushalte mit Energie aus der Pumpanlage zu versorgen, der politischen Ausrichtung der SPD. Das abzulehnen, sei hinsichtlich der Verantwortung gegenüber der Stadt keine Option gewesen, sagt Dries.

Auf kommunalpolitischer Ebene sei die durch den AfD-Antrag angestoßene Beschlussvorlage der Stadt mit dem Wertekompass der Grünen grundsätzlich vertretbar, weshalb seine Fraktion nicht dagegen gestimmt habe, sagt auch Grünen-Chef Ackburally. „Wir arbeiten inhaltlich. Aber es wird niemals passieren, dass wir Mehrheiten in Absprache mit der AfD organisieren.“

Er gesteht allerdings zu, dass seine Fraktion während der Debatte deutlicher hätte betonen müssen, dass die Zustimmung keinesfalls als Annäherung an die AfD-Fraktion zu verstehen sei, sondern rein sachorientiert sei. Das wolle man in Zukunft klarer machen.

Auch die CDU-Fraktion begründet ihre Zustimmung damit, dass der Antrag der AfD nicht kritisierbar gewesen sei. „Der Vorschlag für die Energienutzung aus der Pumpanlage ist inhaltlich absolut nachvollziehbar“, sagt der Fraktionsvorsitzende Peter-Olaf Hoffmann.

Lesen Sie auch

RP+ Schwimmen im Kreis Viersen

„Erheblicher Sanierungsstau“ im Grefrather Freibad



Verkehr in Düsseldorf

A59 Richtung Leverkusen früher als erwartet wieder offen



Auch FDP-Fraktionschef Torsten Günzel betont, der Antrag sei „inhaltlich und fachlich gut“ gewesen. „Die AfD bringt meistens nur Anträge ein, die nicht ansatzweise diskutabel sind“, so Günzel. „Das war eine Ausnahme. Gegen einen sinnvollen Antrag zu stimmen, nur weil er von der AfD kommt, damit hätten wir uns unglaublich gemacht.“

(lvk)